

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-007464/2011
an die Kommission**

Artikel 117 der Geschäftsordnung

Alexandra Thein (ALDE), Proinsias De Rossa (S&D), Margrete Auken (Verts/ALE), Véronique De Keyser (S&D), Ivo Vajgl (ALDE), Hélène Flautre (Verts/ALE), Sir Robert Atkins (ECR), Kyriacos Triantaphyllides (GUE/NGL) und Mário David (PPE)

Betrifft: Finanzierung von Forschungsmaßnahmen in israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten aus dem Rahmenprogramm

Ahava Ltd arbeitet an drei Projekten des Siebten Rahmenprogramms mit, bei einem der Projekte als Koordinator. Das Unternehmen wurde in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht des Staates Israel errichtet und verfügt über eine Firmenanschrift und physische Präsenz in Israel.

Allerdings führt Ahava Ltd seine aus dem RP7 geförderten Forschungsmaßnahmen in Laboratorien und Anlagen in der israelischen Siedlung Mitzpe Shalem durch, die sich in dem von den Israelis besetzten Westjordanland befindet.

Laut Artikel 2 Absatz 1 der Teilnahmebedingungen des RP7 ist eine „Rechtsperson“ eine natürliche Person oder eine juristische Person, die nach dem an ihrem Sitz geltenden innerstaatlichen Recht oder nach Gemeinschaftsrecht oder nach internationalem Recht gegründet worden ist, Rechtspersönlichkeit besitzt und in eigenem Namen Inhaber von Rechten und Pflichten sein kann...

Erfüllt Ahava Ltd dieses Teilnahmekriterium als „Rechtsperson“? Kann das Unternehmen außerdem nach Maßgabe des Abkommens, mit dem Israel am RP7 beteiligt wird, als im Staate Israel errichtete Rechtsperson am RP7 teilnehmen?

Artikel 2 Absatz 1 der Teilnahmebedingungen des RP7 besagt zudem: Es „gilt bei natürlichen Personen die Bezugnahme auf ihren Sitz als Bezugnahme auf ihren gewöhnlichen Aufenthalt...“

Können natürliche Personen, die ihren „gewöhnlichen Aufenthalt“ in den von Israel 1967 besetzten Gebieten haben und der Kommission gegenüber erklären, dass sie ihren „gewöhnlichen Aufenthalt“ (d. h. établis) nach israelischem Recht und israelischer Verwaltungspraxis im Staate Israel haben, nach Maßgabe des Abkommens, mit dem Israel am RP7 beteiligt wird, an diesem teilnehmen? Können solche natürliche Personen unabhängig von diesem Abkommen teilnehmen?

Hat die Kommission Kenntnis von irgendeiner Bestimmung des EU-Rechts, die ihr die Pflicht auferlegt, sich der Finanzierung von Maßnahmen zu enthalten, die in israelischen Siedlungen und Forschungseinrichtungen mit Sitz in Siedlungen durchgeführt werden, die unter Verletzung des Völkerrechts in den besetzten Gebieten errichtet wurden?